*
*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHTEN

*
*
****

AUSSENPOLITIK

*
*
****

ASIEN

*(1)

Die ersten 100 Tage der Aquino-Regierung auf den Philippinen

Voller Wohlwollen beurteilt die chinesische Regierung die "ersten 100 Tage" der neuen Regierung. Politisch bedeutsam sei die Entlassung von 520 politischen Gefangenen und die Säuberung der politischen Gremien von Marcos-Anhängern. Außerdem sei mit der Arbeit an einer neuen Verfassung sowie mit der Umstrukturierung der Streitkräfte begonnen worden. Aufgelöst wurden die Geheim- und Sicherheitsdienste sowie die Präsidentengarden.

Diplomatisch habe Manila das Vertrauen der Welt wiedergewonnen. Nicht weniger als 1,2 Mrd.US$ an Krediten und Kreditzusagen seien inzwischen durch das Ausland gewährt worden. Ferner habe man die Konten der Marcos-Familie eingefroren, die Monopole für Zucker- und Kokosnußhandel aufgebrochen und die Ölpreise zweimal reduziert. Die Aquino-Regierung habe ferner 500 Mio.US$ für ein Beschäftigungsprogramm ausgegeben. Auch sei ein umfassendes Programm zur Wiedererholung der Wirtschaft verkündet worden. Die ersten Wirkungen seien bereits eingetreten: Der Peso habe sich stabilisiert, die Zinsen seien gefallen und auch die Preise einigermaßen stabil geblieben. Allerdings sei die Wirtschaft nach wie vor mit der Riesenschuld von 26 Mrd.US$ belastet. Massenarmut und Arbeitslosigkeit gehörten mit zur Hinterlassenschaft des Marcos-Regimes (XNA, 2.6.86).

Mitte Juni besuchte Ministerpräsident ~~und Außenminister~~ Laurel die VR China und brachte seinen Dank für Chinas Unterstützung zugunsten der neuen philippinischen Regierung zum Ausdruck. Beide Seiten unterzeichneten ein Abkommmen über Zusammenarbeit - das erste, das die neuen Führer überhaupt abgeschlossen haben. Laurel sagte, das Ziel seiner Regierung sei es, die Bindungen zu China zu verstärken. Manila werde fortfahren, eine Ein-China-Politik zu betreiben. Die Taiwan-Frage sei ein innerchinesisches Problem, das ohne Einmischung von außen gelöst werden müsse.

Ministerpräsident Zhao Ziyang versicherte seinem Gast, daß Beijing alle Kontakte zu den philippinischen Kommunisten abgebrochen habe.

Bereits Ende April hatte die Staatsrätin und Präsidentin der Chinesischen Volksbank, Chen Muhua, die Philippinen besucht (XNA, 2.5.86). Ende Mai hatte die chinesische Regierung zugesagt, sie wolle bei den Philippinen größere Ankäufe tätigen, um auf diese Weise einen Ausgleich im bilateralen Handel herzustellen.

Kaum ein Jahr früher hatte Außenminister Wu Xueqian die Philippinen besucht und hatte dort gegenüber dem amtierenden Präsidenten Marcos ähnliche Formulierungen und Worte gebraucht, wie heute gegenüber Corazon Aquino und Laurel. -we-

INNENPOLITIK

*
*
****

*(2)

Die neue Hundert-Blumen/Schulen-Debatte - eine weitere Auseinandersetzung zwischen Reformern und Reformgegnern?

Anläßlich des 30.Jahrestages des Beginns der sog. "Hundert-Blumen/Schulen-Bewegung" (für freie Darlegung und freie Diskussion unterschiedlicher Ansichten zumindest innerhalb der Bereiche von Wissenschaft und Kunst) im Mai 1986 wurde in den Zeitungen und Zeitschriften eine Vielzahl von Artikeln zum "Hundert-Blumen/Schulen-Kurs" veröffentlicht. Dabei wurden die unterschiedlichen Positionen von orthodoxen Marxisten auf der einen und Reformkräften auf der anderen Seite deutlich:

- Dogmatisch orientierte Verfasser bezeichneten den "Hundert-Blumen/Schulen-Kurs" freier Diskussion als ausschließlich gültig für die Bereiche von Wissenschaft und Kunst nicht aber für die politische Ebene. Akademische Freiheit müsse ~~gewährt werden~~, ~~nicht~~ aber ~~eine~~ "bürgerliche Liberalisierung". Deshalb müsse, so der Tenor der Dogmatiker, strikt zwischen akademischen und politischen Fragen unterschieden werden. (Siehe u.a. Hu Sheng, in: HQ, 1.5.86; Lu Dingyi, in: GMRB, 7.5.86; Radio Henan, 16.5.86, nach SWB, 23.5.86.)
- Reformorientiere Verfasser vertraten die Ansicht, daß zwischen akademischen und politischen Fragen kein eindeutiger Trennungsstrich gezogen werden könne. Dies gelte insbesondere für die Wirtschafts-, die Politischen und die Sozialwissenschaften. Auf diesen Gebieten ist nach Ansicht der Reformer eine wirklich freie Diskussion nur dann möglich, wenn auf geistigem und kulturellen Gebiet "politische Demokratie" eingeräumt wird - genau dies stelle den eigentlichen Inhalt des "Hundert-Blumen/Schulen-Kurs" dar. Gefordert wurde z.B. eine offene Diskussion der verschiedenen Konzepte von Freiheit, Gleichheit, Menschenrechten und Humanismus - Themen, die bisher politisch und ideologisch tabu waren. Die Forderungen reichten bis zu einer Demokratisierung des politischen Systems, wobei z.T. auch sehr konkrete Vorstellungen geäußert wurden. (Siehe u.a. Yu Haocheng, in: RMRB, 30.5.86; RMRB, 19. und 26.5.86; GMRB, 16.5.86; Liaowang, 16.6.86.)

Die Diskussion über den "Hundert-Blumen/Schulen-Kurs" geht sehr wahrscheinlich auf Initiative der Reformkräfte zurück, die damit offenbar die politisch-ideologische Basis der marxistisch-lenistischen Dogmatiker weiter aushöhlen wollen. In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion über die aktuelle Bedeutung des Marxismus für China wiederaufgenommen worden:

- Dogmatische Kräfte vertreten in dieser Frage nach außen die Ansicht, daß an den "grundlegenden Prinzipien" und an den "grundlegenden Theorien" des Marxismus unbedingt festgehalten werden müsse, wobei die Öffentlichkeit völlig im unklaren gelassen wird, was unter diesen Begriffen denn konkret zu verstehen ist.

- Reformorientierte Verfasser fordern hingegen eine "Weiterentwicklung" auch der "grundlegenden Prinzipien" des Marxismus. "Veraltete" und "unrealistische" marxistische Prinzipien sollen sogar gänzlich verworfen und durch "neue" ideologisch-politische Grundsätze ersetzt werden. Daß sich hinter diesen begrifflich noch etwas verschleierten Forderungen inhaltlich eine totale Abkehr vom Marxismus verbirgt, wird an der bereits am 7.Dezember 1984 in der VOLKSZEITUNG veröffentlichten Auffassung deutlich, daß die heutigen ~~Probleme~~ ~~Chinas~~ ~~nicht~~ ~~mit dem~~ Marxismus-Leninismus zu lösen sind. Wie weit die reformorientierten Kräfte mit der inhaltlichen Aushöhlung des Marxismus als Bestandteil der offiziellen Parteiideologie gehen wollen, wird an dem Mitte April 1986 im ZK-Theorieorgan ROTE FAHNE erhobenen Vorschlag deutlich, die seit der Machtübernahme der gemäßigten Kräfte im Dezember 1978 verabschiedeten ZK-Dokumente als "theoretische